

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 2803 und 2804.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Beilegung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung des Bezugsgebühre erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Freitag, den 29. November 1918

Nummer 27

Eine Erklärung Kurt Eisners.

Eisner gegen den „Vorwärts“.

Genosse Kurt Eisner schreibt und:

Im „Vorwärts“ bringt Herr Ruttner „Entwürfe“ über mich. Diese Entwürfe haben die Eigentümlichkeit, daß ich selbst vor Jahr und Tag in der „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht habe, weil sie den zwingenden Gegenbeweis erbrachte, daß die Kriegserklärung Deutschlands nicht durch die russische Mobilisierung veranlaßt worden sei. Ich habe mich also selbst entlastet und kompromittiert.

Im übrigen ist diese Angelegenheit, die demnach in einem von mir herausgegebenen Buche dargestellt werden wird, nicht ganz uninteressant. Seit dem Oktober 1912 beeinflussten Mitglieder der bayerischen Regierung politische Kreise dahin, daß ein Ueberfall Russlands auf Deutschland zu erwarten sei. Ich erhielt ständig diese Informationen durch Vermittlung des Chefredakteurs der „Münchener Post“, den Landtagsabgeordneten Wolf Müller. Ich hatte damals keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Mitteilungen zu zweifeln, und habe schon im November 1912 in einem an die sozialistische Presse versandten Alarmartikel die Öffentlichkeit auf die Gefahr aufmerksam zu machen versucht. Es ist bei den freundlichen Gefühlen, die mich mit Wolf Müller verbanden, und bei dem ständigen Verkehr, in dem er mit der bayerischen Regierung stand, selbstverständlich, daß ich diese Auffassungen für begründet halten mußte, und es ist ebenso selbstverständlich, daß ich gemäß der sozialdemokratischen Tradition eines halben Jahrhunderts im Kampf gegen den offenen Feind die Sache Deutschlands vertrat. In den ersten Julitagen wurden mir dieselben Informationen aus denselben Quellen übermittelt, und ich hätte nicht den mindesten Grund, an ihrer Wahrhaftigkeit zu zweifeln. In diesem Sinne sprach ich in der gegen den Krieg gerichteten Protestversammlung im Münchener Rindfleischhof; das war vor dem Krieg. Wenn das also kompromittierend ist, so habe ich mich vor dem Krieg kompromittiert.

Das russische Weißbuch vom 3. August 1914 erregte sofort meinen Verdacht. Immerhin blieb ich noch einige Zeit unklar hinsichtlich der Rolle Russlands im Weltkrieg. Dagegen war es sofort klar, daß der Weltkrieg als weltweites Ereignis eine Fortsetzung der aggressiven Marokkopolitik war. Das mich aber sofort nach Beginn des Krieges in die Opposition trieb, war nicht sowohl die Frage des Ursprungs des Krieges, als die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, die von der bereitwilligen Zueignung wider den Sozialismus unmittelbar und unvermittelt Übergang zu einer fliegenden Fahnen-Verleugnung aller internationalen Ideale. Meine schriftstellerische Tätigkeit, die ich im Herbst 1914 aufnahm, richtete sich zunächst gegen die Methode der deutschen Kriegsführung. Ich habe während des Krieges keine Tatsachen, die kompromittierend für den Weltkrieg wären, behauptet.

Die Befehung des Auswärtigen Amtes.

Es wird gemeldet, daß Herr Solf seine Demission noch nicht eingereicht habe. Das kann aber nichts an der Tatsache ändern, daß die Tage dieses Staatssekretärs gezählt sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er sehr bald vom Schauplatz seiner Tätigkeit verschwinden wird. Als einen letzten Versuch seiner Freunde, ihn zu retten, darf man die Mitteilung ansehen, daß sämtliche Beamten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes sich mit dem Staatssekretär Solf solidarisch erklärt hätten. Sie glauben, wenn eine reichsweite Solidarität getrieben werden, die repräsentative Nationalversammlung baldigst zusammentritt und unverantwortliche Kreise nicht länger die auswärtige Politik führen.

Ich konnte nicht dazu ansetzen, ihnen besondere Sympathie zu erwecken. Die „unverantwortlichen Kreise“, die ihre Politik angeblich führen, haben vielleicht allen Grund, die Herren im Auswärtigen Amt nicht ganz für sich allein wirtlich zu lassen. Es wird sich wohl für alle, die ohne Herrn Solf nicht auskommen zu können meinen, Erbsünden finden lassen.

In der Annahme, daß Karl Rautsky zum Nachfolger Solds auserkoren sei, unternimmt die „Läßliche Rundschau“ gegen diesen noch einen besonderen Exkurs. Wie bereits vor einigen Tagen die „Deutsche Tageszeitung“, so hält auch dieses Blatt sich gar gewaltig darüber auf, daß Karl Rautsky ein Ausländer sei.

„In die Hände dieses Mannes gelangen nun täglich die wichtigsten Staatspapiere, bei denen es sich um das Wohl und Wehe und um die Ehre unseres Volkes handelt. Niemand bürgt uns dafür, daß mit unserem Material nicht der perfide Mißbrauch getrieben wird. Es kommt hinzu, daß einer der verantwortlichen Posten, der von gewaltigem Einfluß ist, weil er gehalten, in zahlreiche Geheimnisse des staatlichen Lebens Einblick zu gewinnen, nämlich die Ueberwachung des Berliner Haupttelegraphenamtes, der Frau und dem Sohne des Herrn Rautsky übertragen worden ist. Es muß ferner festgestellt werden, daß kein Paragraph im Strafgesetzbuch anwendbar wäre gegen einen Ausländer, der sich des Hochverrats schuldig machen würde. Der neue tschechische Staat würde schüßend seine Hand über diesem feinen Staatsbürger halten. Und mit diesem Staat befinden wir uns in Freundschaft, seitdem die Entente in aller Form die Tschecho-Slowaken als kriegsführende Macht und als Bundesgenossen anerkannt hat.“

Es erübrigt sich, auf diese lächerlichen Darlegungen noch einmal einzugehen, nachdem wir bereits der „Deutschen Tageszeitung“ die notwendige Antwort erteilt haben. Karl Rautsky, der seit seiner Jugend in Deutschland lebt und für die deutschen Arbeiter gewirkt hat, steht so turmhoch über jeder Verdächtigung, daß er sich das Geßel der reaktionären Meute wohl gefallen lassen kann. Bei den deutschen Arbeitern wird es das Vertrauen zu ihm nur stärken. Zudem ist er kein Tscheche, sondern ein Prager Deutscher; in Prag bestellte, wie alle, außer den Wladislawen, wissen, eine uralte, rein deutsche Minorität für deren Erhaltung die Deutschnationalen Oesterreicher stets einen erbitterten Kampf geführt haben.

Es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn ein Mann wie Karl Rautsky berufen werden würde, an Stelle des Herrn Solf die Geschäfte des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Er würde in anderer Weise als Herr Solf für eine auswärtige Politik sorgen, bei der die Interessen des Proletariats entscheidend sind und eine internationale Verständigung so rasch wie möglich erzielt wird.

Thronverzicht Wilhelms.

Ein formaler Thronverzicht Wilhelms von Hohenzollern lag bekanntlich nicht vor, sondern nur jenes Telegramm des Kaisers an den Prinzen Max von Baden, in dem er seinen Rücktritt sowie den des Kronprinzen ausdrückte. Wie die „Nationalzeitung“ mitteilt, hatte sich nun die deutsche Regierung mit dem Kaiser in Verbindung gesetzt, um ihn zur Erklärung eines Thronverzichts für sich und den Kronprinzen zu veranlassen. Darauf sei nach einer bisher nicht bestätigten Meldung auch ein solcher schriftlicher Verzicht Wilhelms für seine Person eingetroffen.

Wie wir noch Unterrichtung an informierter Stelle mitteilen können, trifft diese Meldung zu. Der Thronverzicht ist eingegangen. Er dürfte in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Der Streit in Oberschlesien.

Der Streit in Oberschlesien ist nach einer Meldung der „V. S.“ neu aufgeflammt. Auf mehreren Gründen kam es dabei zu schweren Zusammenstößen. Bei der Frühstückstafel am 28. November befanden sich noch derselben U. lung von 60 ober-schlesischen Gruben im Ausmaß. Ungefähr 7000 Mann befinden sich im Streit.

Republik oder Republikten?

In der ganzen Welt hat sich Deutschland mit seiner Kleinhoheit lächerlich gemacht. Man sieht uns für mächtig dumm, daß wir im 20. Jahrhundert noch das Joch von 22 Dynastien tragen. Kein Zweifel, diese nur oberflächlich vertuschte Verschlechterung Deutschlands hat unsere politische, ja selbst unsere wirtschaftliche Entwicklung stark hinangehalten. Es war ein kostspieliges Vergnügen, das wir uns mit all den Königen, Herzögen und Fürsten, mit ihrem Hofstaat und Dienertroß, ihren Annahungen und Absonderlichkeiten, leisteten. Sie kosteten das Volk jahraus, jahrein Unsummen Geldes, ohne daß sie mehr als eine bunte Theaterdecoration gemein waren.

Die deutsche Kleinhoheit, der deutsche Partikularismus als Idee waren oder immer auch empfindliche Hindernisse der Kultur. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung hat auf sie Rücksicht nehmen müssen. Besonders lächerlich hoben sie auf den Verkehr eingewirkt. Es ist zum Beispiel allgemein bekannt, wie aus einzelstaatlichen Schienen heraus Eisenbahnen um ganze Staaten herumgeleitet wurden, statt ihr Gebiet zu durchschneiden; wie manche Schnellzuglinie ausgerechnet an das Residenzstädtchen irgend eines Duobezirktums herangeführt wurde; wie der Strassenbau hier vernachlässigt, dort forciert wurde wie ungeheure Waldkomplexe nur um des fürstlichen Jagdvergnügens willen als Siedlungsstätten konvertiert wurden; wie selbst in einer Großstadt wie Berlin die Ausgestaltung des Straßen- und Verkehrsnetzes ganz von der Willkür des Preußenkönigs abhängig war.

Man hat von verschiedenen Seiten die deutsche Kleinhoheit als Hort deutscher Geistesfreiheit rühmend hören, ganz das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir geistig und sittlich bis in unsere Tage hinein noch im dunkelsten Mittelalter vielfach stecken, so danken wir das zu einem nicht geringen Teil den deutschen Fürsten, die den Ehrgeiz hatten, miteinander an reaktionärer Gesinnung und reaktionären Maßnahmen zu wetteifern. Es lag im Interesse der Fürsten, mittelalterliche Zustände und mittelalterliche Denkmäler zu erhalten, wenn sie ihre mittelalterlichen Herrschaftsrechte und Machtbefugnisse gesichert wissen wollten. Kein Wunder, daß das ganze deutsche Volk von diesem engherzigen politischen und moralischen Nudertum infiziert wurde.

Da kam der Sturm der Revolution. Draußen fuhr er durch die Lande, und die 22 Dynastien lagen zerstückelt am Boden. Sie waren morisch und saul bis ins Mark hinein. All Deutschland proklamiert sich als einigem Recht als sozialistische Republik. Während die Imperialistenflut die Grenzen bedroht, während es im Innern stürmt und wettet, hat die Arbeiterklasse unter Führung der Soldaten die rote Fahne aufgeschlagen und ruft ihre „Vahn frei!“ in den Sturm hinein.

Erst wenige Tage sind seit dem Siege der Revolution vergangen. Aber was vorauszuahen war und womit mit Bestimmtheit gerechnet werden mußte, beginnt schon wieder einzutreffen. Schon kriechen bald hier bald da zwischen den Trümmern und aus den Erdlöchern die Reuren hervor, rotten sie sich zusammen und bedecken die Lücken gegen die neue Ordnung.

Die alten Gewalten, die fürstlichen Kammerherren und Walschappen, wieder auf ihren Thron zu sitzen, das darf allerdings heute der ausgereichteste Reaktionsär nicht wagen. Aber man beginnt die Dinge da anzupacken, wo tatsächlich Gefahr droht.

Als die Revolution die feilherren Machthaber davonjagte, blieben an Stelle der bisherigen Kleinstaaten sozialistische Kleinrepubliken zurück. Dieser Zustand sollte nur vorübergehend sein, nicht dauernd.

Hier leben die reaktionären Quertreiber ein. Die klein-staatlichen Republikten sollen für immer erhalten werden. All die reaktionären Kräfte, die in der Vergangenheit schon so unheilvoll gewirkt hatten, werden für dieses Ziel eingepacknet, vom Lokalpatriotismus bis zur religiösen Unzulänglichkeiten.

Schon mehren sich in der inländischen Presse allerhand nicht mißzuverstehende oder absichtlich mißverständliche

Drohungen mit der Auflösung dieses oder jenes Bundesstaates, dieser oder jenen Provinz. Und wenn es auch meistens durchaus unverantwortliche Personen sind, so finden derartige Wählerkreise doch ihren Weg in die Presse. Bezeichnenderweise inkulkiert auch die Auslandspresse, sowohl die Presse der Entente, wie die der Neutralen, auf ein zerfallenes und zerklüftetes Deutschland. So tauchen denn am Horizont bereits wieder die verlassenen Vaterländer auf, und selbst die längst verbliebenen Fürstentümer und Herrschaften von Hannover bis zu Soyh-Wittgenstein-Berleburg drohen sich wieder aus dem Grabe zu erheben.

Gerade die Zerstückelung Deutschlands wäre durchaus zum Vorteil des Entente-Imperialismus. So wie die Dinge heute liegen, könnte die Entente gar nichts Besseres wünschen als eine Aufteilung des Deutschen Reiches in einzelne Interessensphären, die mit Leichtigkeit gegeneinander ausgetrieben werden könnten.

Aber die Feinde der deutschen sozialistischen Republik stehen nicht allein draußen vor den Toren. Wir haben ihrer genug innerhalb der eigenen Mauern. Wir Deutsche haben leider viel zu spät begonnen, uns mit Politik zu beschäftigen. Ohne Vorbereitung wagen noch die Wenigsten einen Schritt zu tun. Der Deutsche ist gewöhnt, mit Mühen und Kondore gelenkt zu werden und breite Scheuklappen zu tragen. Es gibt daher noch Unverständliche genug, die über ihr lokales, vorrevolutionäres Wirksamkeit nicht hinauszu-blicken vermögen, die nun, nachdem sie selbst von den Schöllern Besitz erariffen haben, immer noch glauben, daß die Welt nur soweit reicht, als sie von ihrem Fenster aus sehen können. Es tut noch sehr viel politische Aufklärung in deutschen Landen, sehr viel politische Einsicht und sehr viel politische Weisheit. Sehen wir es doch endlich ein, daß die Rückkehr zu der deutschen Kleinstaaterei nur dazu dienen würde, der Reaktion von neuem Tür und Tor zu öffnen. Die Gegenrevolutionäre warten ja nur darauf.

Der Hauptfeind der deutschen Einheit, die festeste Stütze und der eifrigste Vertreter des deutschen Partikularismus ist das Zentrum. Die Entwicklung, die ganze Geschichte des deutschen Volkes zeigt, wie die Kirche und ihre jüngste politische Schöpfung, wie das Zentrum von jeher an der mangelnden Einheit des deutschen Volkes interessiert war, wie es bis in die jüngste Zeit hinein in der krassesten Weise für die Erhaltung der deutschen Sonderbündel eingetreten ist.

Das Zentrum ist in den letzten Wochen merkwürdig still geworden, aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen. In genehmer Zeit wird es wieder auf dem Platze erscheinen. Das Zentrum hat es immer verstanden, die beste Situation für seine Pläne klar und rücksichtslos auszunutzen. Es ist richtig, die äußere wie die innere politische Entwicklung hat dem Zentrum als Partei den größten Schaden zugefügt. Der Zentrumsturm hat mächtige Masse bekommen. Diejenigen Gebiete, die mit die sichersten Wahlkreise des Zentrums enthielten, sind von der politischen Lösung vom deutschen Reich bedroht: Bosen, Teile von Westpreußen und Schlesien, Elb-Lothringen. Auch das Rheinland ist bis zu einem gewissen Grade gefährdet. Vor allem aber ist das innere Gefüge des Zentrums zerrüttet. Die religiöse Wölfe verkümmert im Augenblick gar nicht, und die soziale Struktur des Zentrums ist unter dem Einfluß der Revolution ins Wanken geraten. In einem neuen einheitlichen Deutschland würde das Zentrum sehr viel an Bedeutung verlieren. Wohl aber bliebe ihm ein sicherer Bestand, wenn Deutschland in eine Reihe von Sonderstaaten verfallen würde, besonders, wenn die Grenzen den Wünschen und dem Einfluß des Zentrums entsprechend gezogen würde. Charakteristisch für die Pläne des Zentrums ist es, daß seine Brüder und Gefinnungsgeossen in Deutsch-Oesterreich, die Christlich-Sozialen, an denselben Stränge ziehen und gleichfalls für Erhaltung der Sonderbündel eintreten.

Wir dürfen uns nicht verwirren lassen. Das Alte ist zerstört, und was wir Neues wollen, dürfen wir nicht an die historischen Begebenheiten anknüpfen. Wir dürfen nicht rückwärts blicken auf das, was gewesen ist. Verfallene Balken und vom Brande der Revolution durchgeglühte Steine sind morsch und taugen nicht zu einem Neubau. Wir brauchen neues Holz und neue Steine und eiserne Träger und einen eisernen Spanning.

Haben wir für eine geordnete Entwicklung des Sozialismus in Deutschland mehrere Republiken nötig? Der Friede wird uns voraussichtlich auf den Boden eines Nationalstaates zusammenschleichen. In dem Deutschland der Zukunft gibt es nur eine Nation. Hannoveraner, Rhein-Weiz-Schleier-Vöbensteiner bilden keine Nationen. Das wichtigste Verkehrsmittel im Wirtschaftsleben, die Sprache, ist in Deutschland durchaus einheitlich. Jegendwelche natürliche Schranken, unüberwindliche Gebirge, Wälder und dergleichen sind im deutschen Sprachgebiete nicht vorhanden. Wenigstens, was an Hindernissen vorhanden ist, ist für den Verkehr heute nicht mehr unüberwindlich. Blant man doch Kanäle über die deutschen Mittelgebirge selbst bis in die Alpen hinein zu führen. Die deutschen Wirtschaftsgebiete ergänzen einander aufs glücklichste.

Wenn unter diesen Verhältnissen aus der einen deutschen Republik, sei es auch nur in einem Staatenbund, ein halbes Dutzend oder ein Dutzend Republiken geschaffen würden, was wäre die Folge? Wir haben ja genug Erfahrung auf diesem Gebiete. Sind die Schranken einmal da, dann würde sich sofort das gegenseitige Mißtrauen, die gegenseitige Rivalität einstellen, würde sich in Verkehrs-schwächen und Finanzschwierigkeiten ausdrücken, und was ein sein sollte, würde auseinanderfallen. Zentriugale Tendenzen innerhalb Deutschlands wären die Folge.

Es wäre schlimm, wenn wir uns gleich zu Beginn der neu gewonnenen Freiheit mit den Gespenstern der Vergangenheit herumtschlagen müßten. Selbstverständlich wird es in dem Deutschland der Zukunft Verwaltungsgebiete geben, und es wird nötig sein, diese Verwaltungsgebiete im Hinblick auf die besonderen Erfordernisse der Verwaltung und des Wirtschaftslebens gegeneinander abzugrenzen. Jegendwelche Rücksichten auf die Eigenart der sogenannten deutschen Stämme, die doch weiter nichts waren als Sonderausbuchtungen der deutschen Hüften, dürfen nicht genommen werden. Diese Requisiten einer Zeit, die hoffentlich ein für allemal hinter uns liegt, gehören nicht in die Gegenwart hinein. Man bringe sie dahin, wo sie wirklich am Platze sind, in ein Museum für vaterländische Altertümer, zwischen Streifkolben, Rauchsloßlinsen und zerklüftene Landrechtswäme.

Wir werden an den nationalen und imperialistischen Grenzen, die der Friede uns nach außen hin bringen wird, genug zu tragen haben. Wir dürfen uns selbst nicht noch besondere Knäuel zwischen die Beine werfen. Halten wir uns immer vor Augen: Der Sozialismus will keine Grenzen, will keine Schranken, er will zusammenfügen und vereinigen.

Neue Schreden in Lemberg.

Im „Berliner Tageblatt“ berichtet der aus Lemberg hier eingetroffene österreicherische Schriftsteller E. Nacht über die furchtbaren Vorgänge in Lemberg. Bereits bekannten Tatsachen über die Vorgeschichte der Vorkämpfe fügt er Einzelheiten hinzu, die das schreckliche Bild der Vorgänge deutlicher machen. Nachdem die Polen in ihrem Kampfe gegen die Ukrainer siegreich geblieben waren, hegte die polnische Bevölkerung gegen die Juden. Da sich die Juden der deutschen Sprache bedienen und deutsche Rechnungen herausgeben, wendet sich die widerliche Bewegung auch gegen die deutsche Bevölkerung. Am 11. November erschien der Befehl, daß alle Hauseigentümer Verzeichnisse der Bewohner mit Angabe der Religion zu machen haben. Die Listen sollten der Ermittlung der Wohnungen der Deutschen und Juden dienen. Das polnische Organ „Rokudek“ hegte unausgesetzt gegen Juden und Deutsche. Im polnischen Viertel Lembergs tobt ungezügelt die Hege gegen die Juden, im ukrainischen Viertel blühte die jüdische Bevölkerung eine Miliz zum Schutze gegen Ueberfälle. Juden, Polen und Ukrainer stecken sich bewaffnet zu neuem Blutvergießen gegenüber. Kommt der gepochigten Bevölkerung Lembergs nicht schnelle Hilfe von außen, findet sich nicht bald eine starke Macht, die der Verheerung und dem Kampfe Einhalt tut, dann sind weitere Schreden mit Sicherheit zu erwarten.

Die polnischen Legionäre, berichtet Nacht, plünderten jüdische und deutsche Geschäfte. Offiziere und Mannschaften hielten das Judenquartier umzingelt und überschütteten es mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten. Das ganze jüdische Viertel mit den Bethäusern, worin sich viele Familien versteckt hielten, wurde

eingeschloßert. Wer in den Straßen erschien, wurde niedergeschossen. Die Zahl der getödteten Juden beläuft sich auf 1000, die der Verwundeten auf 10 000 bis 12 000.

Nacht berichtet über ähnliche Greuel gegen Deutsche. Drei deutsche Telephonisten wurden umerkter, an eine gemeinsame Kette gelegt und durch die Straßen der Stadt zur Hauptwache geführt. Dort wurden sie entkleidet, herab und beschimpft für ihre guten Kleider erhielten sie jedoch, dann mühten sie eine Stunde im Schnee auf dem Bruch liegen. Der deutsche Generalkonsul Heinz soll interniert sein.

Ein merkwürdig klingendes Telegramm berichtet folgendes: Krakau, 29. November. (B. T. B.) Der polnische Liquidationsausschuß veröffentlicht einen Bericht, wonach während der letzten Kämpfe in Lemberg die Ukrainer über 100 Verbrecher aus dem Lemberger Buchhause befreiten. Diesen Verbrechern gestellten sich Defektoren zu, von denen einige sogar als polnische Soldaten sich verkleideten. Nach dem Rückzuge der Ukrainer aus Lemberg begannen diese Elemente gemeinschaftlich mit jüdischen Plünderern im Krakauer Stadtviertel in Lemberg die Wohnungen und Geschäfte zu überfallen und zu plündern. Es entspann sich ein Kampf, wobei einige Dutzend Zivilpersonen getödtet wurden. Während der Feuerbrunn, die von Banditen gelegt wurde, wurden ungefähr 30 Häuser eingeschloßert oder hart beschädigt. Die polnischen Militärbehörden schritten ungesäumt gegen die Banditen ein und konnten alsbald den Aufruhr unterdrücken. Das Standrecht ist verhängt. Bis gestern wurden 50 Plünderer auf Grund des Standrechts erschossen. Am 24. November herrschte in Lemberg schon wieder Ruhe. Alle anderslautenden Mitteilungen sind unrichtig. Der Liquidationsausschuß setzte eine Kommission zur Untersuchung der Unruhen in Galizien ein. Weiter gibt der Liquidationsausschuß bekannt, daß über ganz Galizien das Standrecht verhängt wurde. Bis zum gestrigen Tage wurden 1500 Banditen, die an den Plünderungen und Ueberfällen beteiligt waren, festgenommen. Von den Verhafteten sind 60 Prozent Ruthenen, 30 Prozent Polen, 10 Prozent Juden.

Also ein Pogrom von Juden gegen Juden geübt! Die Nachricht steht nicht nur mit den oben wiedergegebenen Darstellungen eines Augenzeugen im Widerspruch, sondern auch mit dem logischen Denken. Die Juden sollen sich selbst massakriert haben. Jeder, der die Verhältnisse im Osten kennt, weiß wie fest die jüdische Bevölkerung dort zusammenschließt. Die Methoden, mit denen die polnische Militärbehörde den Aufruhr unterdrückt, scheinen recht merkwürdiger Natur zu sein.

Wir leben in den Lemberger Schrecken eine der unheilvollsten Folgen der Völkerverheerung. Die vier traurigen Jahre hindurch von den Mächtigen der vorrevolutionären Welt getrieben wurde.

Herr Zimmermann zur Frage der Kriegsschuld.

Zu der Veröffentlichung der Dokumente aus den bayerischen Archiven hat sich jetzt auch der frühere Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Herr Zimmermann, geäußert, der zur Zeit des Kriegsausbruchs als Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt wirkte. Einem Vertreter der „Deutschen Wg. Ztg.“ gegenüber hat er versucht, die damalige Leistung der deutschen auswärtigen Politik zu erläutern. Nicht gerade mit sehr eindrucksvollen Darlegungen.

Nach Herr Zimmermann sucht zunächst die durch Rußlands Wählerkreise gefährdete Situation Oesterreichs im Jahre 1914 zu unterstreichen: „Seine Lage hatte sich im Laufe der Jahre verengert verschlechtert, daß die Nachbarn im Süden und Osten bereits die Möglichkeit des Zerfalls der Donaumonarchie ins Auge faßten.“

„Daß Oesterreich-Ungarn sich gegen die großserbischen Machenschaften, die zur Bluttat in Sarajewo geführt hatten, zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern lag auch im Interesse einer Gesundung der europäischen Verhältnisse in Europa. Dies und insbesondere die Wiederherstellung der großserbischen Propaganda suchte Oesterreich-Ungarn zu erreichen durch eine Neuordnung der Machtverhältnisse auf dem Balkan, die es durch Heranziehung Bulgariens an den Dreieck an Stelle des unsicher gewordenen Rumäniens herbeiführen gedachte. Diese Gedanken und Ziele waren erörtert in einem Handreich an Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm und einer damit verbundenen Denkschrift. Beide wurden am 5. Juli 1914 durch den österreichisch-ungarischen Botschafter dem Kaiser Wilhelm überreicht. Eine Abschrift der Schrift

Deutschland.

Aus: Ein Wintermärchen.

Geschrieben im Januar 1844.

Im traurigen Monat November war's,
Die Tage wurden trüber,
Der Winter rief von den Wäldern das Laub,
Da reißt' ich nach Deutschland hinüber.

Und als ich an die Grenze kam,
Da fühl' ich ein härteres Klappen
In meiner Brust, ich glaube sogar,
Die Augen begannen zu tropfen.

Und als ich die deutsche Sprache vernahm,
Da ward mir seltsam zumute;
Ich meinte nicht anders, als ob das Herz
Nicht angenehm verblute.

Ein kleines Harkensmädchen sang,
Sie sang mit wahrer Gefühle
Und falscher Stimme, doch ward ich sehr
Gerührt von ihrem Spiele.

Sie sang von Liebe und Liebesgram,
Aufopferung und Wiederfinden
Dort oben in jener besseren Welt,
Wo alle Leiden schwinden.

Sie sang vom irdischen Jammertal,
Von Freuden, die bald zerronnen,
Vom Jenstein, wo die Seele schmelzt
Verklärt in ewigen Wonnen.

Sie sang das alte Entfängungslied,
Das Siapopela vom Himmel,
Damit man einlöst, wenn es greint,
Das Volk, den großen Himmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Tag,
Ich kenne auch die Verfaller;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und webten dinstlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlammten soll nicht der faule Bauch,
Was fleischige Hände erworben.

Es wächst hinieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Narben, Schönheit und Lust,
Und Zuderechsen nicht minder.

Ja, Zuderechsen für jedermann,
Sobald die Schoten plagen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Epäen.

Und machet uns Flügel nach dem Tod,
So wollen wir euch besuchen
Dort oben, und wir, wir essen mit euch
Die seligsten Totten und Kuchen.

Ein neues Lied, ein besseres Lied!
Es klingt wie Flöten und Geigen!
Die Klirrerer ist vorbei,
Die Bierdegeloden schweigen.

Die Jungfrau Europa ist verlobt
Mit dem schönen Genusse
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,
Sie schweigen im ersten Kusse.

Und hebt der Vassensagen dabei,
Die Ehe wird gültig nicht minder —
Es lebe Bräutigam und Braut,
Und ihre zukünftigen Kinder!

Ein Hochzeitsliedern ist mein Lied,
Das Beste, das Beste;
In meiner Serie geben auf
Die Sterne der höchsten Weite —

Begosterte Sterne, die lodern wild,
Herstlichen in Flammenbächen —
Ich fühle mich wunderbar erstarrt,
Ich könnte Sichen zerbrechen!

Selt ich auf deutsche Erde trat,
Durchströmen mich Zaubersäfte —
Der Niese hat wieder die Rutte berührt,
Und es wuchsen ihm neu die Kräfte.

Heinrich Heine.

Das neue Ideal.

Der Satz „Keine Ursachen, große Wirkungen“ ist falsch; nur kulminieren manchmal die großen Ursachen großer Wirkungen in keinen Anlässen. Jede Bewegung beginnt in einem Punkte. Die bürgerlichen Zeitungen bemühen sich bereits, die deutsche Revolution — falls man diese gelungene Revolte schon eine Revolution nennen will — anekdotisch zu verklären. Sie sei entstanden, weil einige hundert Berliner Soldaten auf der Kommandantur nicht rasch genug ihr Verpflegungsgeiß bekamen. Hier geht es um heiliger geistiger Protest dagegen: Die Revolution entstand aus dem unerhörten Zusammenbruch, der den Ertich unter das ungemessene Sündenregister zerfallender Schichten setzte, und aus der Gegenrechnung von Menschen, die sich nicht mehr fügen, nicht mehr dulden wollten; eine Abrechnung zugleich und eine Befreiung heroisch Verdender.

Wenn die vieler Revolution, wie es der eben veröffentlichte Brief eines meuternden Matrosen zu erweisen scheint, wirklich begann, weil die Flotte die Ausfahrt verweigerte, — so wäre das keine der viel ältesten „Keinen Ursachen“ — Es wäre dies ein Prolet betrogner Menschheit, und der Durchbruch einer neuen Ideologie. Die „nationale Verteidigung“ brachte eine Weile in allem Ernst; und diese Ausfahrt wäre ihre vergrößerte Demanstration gewesen. Die Zeitungen jenes Bürgerthums, das ein Anhängsel der Feudalität bildete, predigten die nationale Verteidigung — überlebend, daß auch ein Lebenmüthiger Untergang den Ruin Deutschlands bedeutete hätte. Der Flotte wurde dieses heidenmüthige Untergang angeschlossen — und sie weigerte sich, zu folgen. Sie lehnte diese Ideologie ab, die nicht einmal die der Bourgeoisie, sondern die einer längst verfallenen, entwerteten, Klagen gekrauteten Feudalität ist. Sie ist nicht die des Bürgerthums, denn das Bürgerthum hat überhaupt keine; es hat Interessen, die sich

Gegen die Schuldigen des Weltkrieges.

Budapest, 28. November. Die sozialdemokratische „Csanak Republika“ meldet, die sozialdemokratische Partei in der Reichsversammlung der Generalobersten Hagoi, die dieser im Jahre 1918 als Generalminister des ungarischen Ministeriums unterzeichnete. Darin heißt Hagoi, daß die österreichisch-ungarische Monarchie, auch wenn sie ihre „Arbeitslosenreferenden“ ausbrauche, den Krieg höchstens noch 9 Monate lang aushalten könnte. „Csanak“ würde die männliche Bevölkerung nach anderthalb Jahre auf die Schlachtbank schleppen.

Wie wir schon im heutigen Morgenblatt meldeten, hat die ungarische Regierung die Bildung eines Ausschusses beschlossen unter Leitung des Genossen Kunfi, der der Mitgliedschaft der Männer des alten Regimes am Weltkrieg feststellen soll. Sie werden sich auch dafür zu verantworten haben, daß sie jahrelang das Volk auf die Schlachtbank schleppen und jede Friedensaktion horten, obwohl für die leitenden Staatsmänner kein Zweifel bestand, daß der Krieg verloren sei.

Die Münchener Enthaltungen.

Professor F. Z. veröffentlichen in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, worin er zu der Behauptung des Berliner Auswärtigen Amtes Stellung nimmt, er habe die Enthaltungen der Münchener Regierung über den Beginn des Krieges auf Grund einer Anregung Clemenceaus veranlaßt. Professor erklärt, daß er zwar für die Veröffentlichung gewesen sei, aber nicht auf den Rat irgendeiner ausländischen Seite. Er habe nur aus den Gesprächen mit Entente-Militärs entnommen, daß man drüben an die Echtheit von Deutschlands Einkehr noch immer nicht glauben wolle. Er habe keinen Zweck, das deutsche Volk über die wirklichen Vorgänge zu täuschen, denen es zum Opfer gefallen sei, zumal das Ausland diese Dinge längst kenne.

Die Veröffentlichung der Münchener Dokumente war sicherlich ein gutes Werk, ganz gleich, von wem die Anregung ausging. Es war höchste Zeit, daß dem deutschen Volke reiner Wein eingegeben und dem Ausland gezeigt wurde, daß die Reichthaber von heute nicht daran denken, sich schuldig oder verhängend vor die Sünden des alten Regimes zu stellen.

Am Wilhelm.

Paris, 28. November. Das Mitglied der Zweiten Kammer, Duval, hat an den Minister des Innern förmlich folgende Fragen gerichtet: Ist die Regierung bereit, der Volksvertretung und dadurch dem Lande wie dem Ausland volle Aufklärung über folgende Angelegenheiten zu geben:

1. den Standpunkt, den sie hinsichtlich des früheren Kaisers von Deutschland, seines Sohnes und des Gefolges von beiden in Holland einnimmt;
2. den Durchzug von nach Deutschland zurückkehrenden Truppen durch Holland;
3. ein etwaiges vermittelndes Auftreten der Regierung bei einer oder mehreren der Entente-Mächte im Zusammenhang mit der Erwünschtheit der Wiedereinrichtung der Waffenstillstandsbedingungen.

Ist die Regierung beabsichtigt, bei Abgabe dieser Mitteilungen die Verträge zu beachten, welche von den Gesandten in Amerika, Belgien, Frankreich, England und Italien an die holländische Presse gegeben worden sind und des Inhalts, als hätte die holländische Regierung die von diesen Gesandten vertretenen Länder vor eine vollendete Tatsache gestellt. Endlich wir zum eine schnellere Richtigerstellung von falschen und tendenziösen Berichten der ausländischen Presse gebeten.

Dem Frieden entgegen.

London, 28. November. (Reuters.) „Daily Express“ schreibt, man hofft, daß Lord Clemenceau nächste Woche nach London zur internationalen Konferenz beglitten wird. Die Annahme, daß die Weltfriedenskonferenz die Friedensbedingungen nicht innerhalb 3 Monaten zur Unterzeichnung vorbereitet haben könne, wird, wie das Blatt schreibt, in ministeriellen Kreisen Englands bestritten. Europa könne nicht drei Monate warten. Die Demobilisation und Wiederaufbaupläne müssen notwendiger-

weise verschoben werden, bis der Friede unterzeichnet ist. Die Friedenskonferenz wird also wahrscheinlich den Friedensvertrag in der Hauptsache schließen. Dieser Vertrag wird sobald als möglich unterzeichnet werden, und es werden Anordnungen für eine Art internationaler Polizei getroffen werden, um ihn durchzusetzen. Internationale Kommissionen werden die Einzelheiten in erheblicher längerer Zeit ausarbeiten. Politische Fragen und die Frage der Rohstoffbeschaffung und andere ähnliche Probleme müssen von diesen Kommissionen erzwungen werden. Offenbar kann aber die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht verschoben werden, bis alle diese Fragen fertig gestellt sind.

Für die Internationale.

Die „Humanité“ veröffentlicht folgenden Brief Emil Chapeliers an Emile Vandervelde und Camille Huysmans, den Präsidenten und den Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureau:

„Vere Genossen! Im Namen der belgischen sozialistischen Gruppen in Paris und Douve und des Syndikats der belgischen Arbeiter in Frankreich bitten wir euch inständig, sofort einen Kongreß der Internationale einzuberufen. Empfängt, vere Genossen, unsere brüderlichen Grüße.“

J. A.: Der Bundessekretär: Emil Chapelier.

Die bürgerliche „Reorientierung“.

Der Jungliberale Reichsverband veröffentlicht einen Aufruf mit einer Reihe von Programmforderungen, u. a. die einer von demokratischem Geiste durchgeführte Verwaltung, der Pflege nationalen Geistes im einzigen Deutschen Reich und einer „organischen“ Sozialisierung im deutschen Wirtschaftsleben, sowie die Interessen des Staates und des erwerbsfähigen Volkes zu fördern, unter Wahrung unserer Konkurrenzfähigkeit.“ Nach Auffassung dieses reichlich phrasenhaften Programms setzt sich der Reichsverband für eine Einigung zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ein. Die Sympathien des Verbandes weichen aber augenscheinlich sehr viel mehr der mehr rechts orientierten Deutschen Volkspartei zu. An der Deutschen Demokratischen Partei wird getadelt, daß sie ihr Programm nicht genügend gegen die Sozialdemokratie abgrenze; auch vermisst der Reichsverband bei ihr „die Freude am Deutschen Reich“.

Bateri-ndareller.

Die Unversität Leipzig hatte die rote Fahne geküßt. Der Rektor der Universität machte der Studentenchaft darüber durch Aufschlag Mitteilung. In der Nacht haben einige Studenten die rote Fahne wieder emporgehoben und in einem Anschlag, der mit „Mehrere selbstgezeichnete Studenten“ unterzeichnet war, am Schwarzen Brett davon Kenntnis gegeben. Die Fahne: Wir haben heute nacht die rote Fahne heruntergeholt. Seht darin keinen unbewohnten Versuch einer politischen Reaktion, erhebt darin auch keinen trüben Studentenreiß. Unsere akademische Freiheit war in Gefahr. Wir, die wir aus dem Felde kommen, leben mit tiefer Scham und weitem Herzen, wie in dieser Schamerien und heißen Stunde unser Volk nicht die Kraft findet, nach innen und außen geschlossen aufzutreten.“

Um die Geschlossenheit des Volkes nach innen und außen wieder herzustellen, entfernen die jungen Leute die rote Fahne, das Zeichen der Revolution, und führen zurück zur nationalen Fahne, unter der das Volk in jene Not gekämpft wurde, aus der nur die Revolution retten konnte. Wenn es heute ein Zeichen der Geschlossenheit des Volkes gibt, so ist es das revolutionäre Volk!

Aus der Ukraine.

Kiew, 27. November. Zeitungsmeldungen zufolge langte gestern in Odessa ein Entente-Geschwader, bestehend aus dem englischen Kreuzer „Kamomnon“ und einem englischen und einem französischen Torpedoboot, an. Ein U-Boot des Deutschland entließ den General Graf Keller des Oberkommandos und ernannte den Generalleutnant Nischen Dolgorukoff.

Die ukrainische Regierung erklärt amtlich, daß sie in keiner Weise beabsichtigt, den deutschen Truppen Schwierigkeiten in der Frage der Heimkehr in den Weg zu legen. Die deutschen

Wilde wurde schließlich durch den Heberberger, Grafen Dohot, dem Auswärtigen Amt überreicht. Dies sind die Tatsachen, die zu der viel berufenen Legende von dem Kontrat in Potsdam Anlaß gegeben haben.

Ueber die Art und Weise, die dem Grafen Szogornd erteilt wurde, gibt eine von mir entworfenen telegraphische Instruktion des damaligen Herrn Reichskanzlers an den Vorkämpfer von Österreich in Wien vom 6. Juli Aufschluß. Sie befindet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes und lautet meiner Erinnerung nach sohin:

„Die Gefahr der panfawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zurückgesehen. Es wurden Bemühungen in Bulgarien in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgesehen. Es wurde aber betont, daß Deutschland gemäß dem Bündnis und der alten Freundschaft mit Österreich-Ungarn stehen würde.“

Herr Zimmermann meint, das sei keine „Mankollmacht“ gewesen, Deutschland habe Österreich zu seinem Vorgehen gegen Serbien weder zugerufen noch gar angezogen, sondern sich lediglich darauf beschränkt, ihm davon nicht ausdrücklich abzuraten.“ Der Inhalt des Ultimatums sei der deutschen Regierung „zu jener Zeit“ noch unbekannt gewesen.

„Daß die in dem Bericht der bayerischen Gesandtschaft wiedergegebenen Forderungen von mir dem Herrn Bericht erstatter mitgeteilt worden sind, bezweifle ich daher. Uebri-gens haben wir es, soweit mir erinnerlich, ausdrücklich abgesehen, zu einer Formulierung der Forderungen an Serbien Stellung zu nehmen. Wie die Akten des Auswärtigen Amtes ergeben dürften, ist uns das von uns alleseitig für zu spät erhaltene österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien erst so spät von Wien mitgeteilt worden, daß uns eine Verpflichtung, auf seine Widerlegung hinzuwirken, nicht mehr gegeben war.“

Herr Zimmermann glaubt noch all dem, daß deutschseits eine Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts abgelehnt werden könne. Wir sind anderer Meinung. Der Herr Zimmermann vertritt es zwar, in seinen Darlegungen geschieht um die springenden Punkte herum. Deshalb bleiben die Dinge aber doch so, daß die damalige deutsche Regierung in unverantwortlicher Weise eine Politik Österreich-Ungarns betrieb, wenn nicht geradezu herbeiführte, die sie sich durchaus bewußt war — wie die Münchener Dokumente unanfechtbar beweisen —, daß sie zum Kriege führen mußte.

Wenn auch Herr Zimmermann schließlich wünscht, daß ein Untersuchungsgericht, oder noch besser ein internationaler Gerichtshof, das einschlägige Material sämtlicher kriegsführender Mächte zur Prüfung unterbreitet erhalten möchte, so wird es hoffentlich nicht mehr lange dauern, bis sein Wunsch Erfüllung findet.

Soll und Foh.

Der Vorkampfbund des Zentral-Soldatenrats in Brüssel schreibt uns:

In Brüssel ereigneten sich kürzlich bedenkliche Vorkämpfungen durch deutsche Soldaten. Diese wurden von den Alliierten als Grund zur Wiederaufnahme der Feindschaften betrachtet.

Derweil hierfür ist ein Brief, der dem Vorkampfbund des Zentral-Soldatenrats in Brüssel durch den holländischen Gesandten von Vollenhoven zugeht, worin es heißt, daß „Gewalttätigkeiten zum Schaden der Brüsseler Bevölkerung notwendig als ein Bruch der Waffenstillstandsbedingungen betrachtet werden müßten und infolgedessen eine unmittelbare Wiederaufnahme der Feindschaften herbeiführen.“

Wir noch in gleichem Sinne an Soll funkte, daß dieser in die Methode des alten Systems und verkehrte gänzlich die Wahrheit, indem er behauptete, das lediglich durch Soldaten geplündert worden wäre.

Offenbar die Unmöglichkeit des Ministers des Auswärtigen Amtes sind gewisslos geeignet das Vertrauen zu der jetzigen Regierung gänzlich zu erschüttern.

Soll ist ein positives Friedenshindernis und muß sofort verschwinden.

In der letzten Zeit eine Opposition des Kapitalismus zeigte, bezog sie auf der Lüge, daß die Geschäfte verdorben würden, zwingen sie einer Regulation und einer Freiheit. Die Matrosen aber, die nicht zum Untergang vor dem überlegenen Feinde ausweichen wollten, wagten — sie wußten ja nicht, ob sie siegen würden — ihr Leben für das neue Ideal: zu leben.

Es ist das Ideal des Werte schaffenden Menschen. Er weiß, daß er unentbehrlich, daß er nötig, daß er unersetzlich ist. Wegen einer eingeordneten Pflicht zu sterben, sich für eine feindliche und verhasste Sache wegzumachen, siegen Pflicht und Recht zu leben; aber, der Protest jener sozialistischen Matrosen, das Recht jedes Individuums siegte, gegenüber der letzten leeren Seite des Mittelalters, nicht die Freiheit und Lust des bürgerlichen Augenblicks, sondern die Reinheit und Menschlichkeit der Zukunft. An diesem Tage bestieg das schöpferisch blühende Leben das nationale Bewußtsein, in Wahrheit durch das millionenfach erwartete Sterben entwertete Geistes des Todes. Das Leben und sein schweres Recht übermüdet die komödiantische, den Matrosen der Pflicht entzwingende, ausgewungene Verpflichtung entgegen. Vor dem aufstrebenden Angesicht der Zukunft und des Lebens getriebe eine alte Form. Rudolf Leonhard.

Zur Geschichte der Fenster.

Ein Haus ohne Glasfenster scheint und, in unserem Klima wenigstens, ganz unentbehrlich. Tropfen haben sich die Menschen verhältnismäßig lange ohne Glasfenster behelfen müssen. Die Notwendigkeit, die Fensteröffnungen mit einem lichtdurchlässigen Material auszufüllen, brachte zwar schon die Römer auf die Idee, ihre Fensterdecken aus Marienglas, dem bekannten Mineral, herzustellen, allein sowohl diese Art der Verglasung wie auch die etwas später aus dünn geschliffenem Schiefer oder Horn angefertigten Fensterdecken kamen so teuer, daß man sie nur ausnahmsweise anbringen ließ. Die Verwendung des Glases an Fensterecken brachte erst das frühe Mittelalter. Zu den ersten Glasfenstern gehören die bunten Glasfenster des Klosters Regensburg in Oberbayern, die vom Ende des 10. Jahrhunderts stammen. Doch erst im 14. und 15. Jahrhundert wurde der Gebrauch, die Fenster zu verglasen, etwas allgemeiner. Man begann zunächst damit, die Fensteröffnungen mit kleinen, runden, in Blei gefaßten Glascheiben, den sog. Wunderscheiben, auszufüllen, was allgemein mit Freude begrüßt wurde, da man bisher die

Fenster oft nur mit in Öl getränktem Papier oder Tuch ver-schlossen hatte. Im 16. Jahrhundert besahen wenigstens in den großen Städten schon viele Häuser Glasfenster, deren Scheiben sich mit der fortschreitenden Technik der Glasfabrikation nunmehr auch immer vergrößerten. Da das Fensterglas indessen zum größten Teil aus Venedig bezogen wurde, galten derartige Fenster immer noch als Luxus und wurden daher auch möglichst vor den Anblicken der Bitterung geschützt, wie z. B. in England, wo man häufig vor den Glasfenstern — als Vorläufer unserer Jalousien — Gitter von feinem Weidengeflecht oder von schachbrettartig zusammengefügten dünnen Holzstäben anbrachte. Die hohen Glaspreise brachten es mit sich, daß man selbst im 18. Jahrhundert an den älteren Häusern oft noch Papierfenster leben konnte; die neueren Gebäude wiesen allerdings von dieser Zeit ab schon fast durchweg Glasfenster auf. Für besonders vornehm galten damals auch gemalte Glasfenster, mit denen die bemittelten Stände ihre Prunkräume zu schmücken pflegten, und die man namentlich in Augsburg mit großer Kunstfertigkeit herstellte. In England wurden dagegen von der vornehmen Welt noch längere Zeit Fenster in Wunderscheibenform aus Kristall oder Bergkristall Fenstern vorgezogen.

Mit der Zeit verschwanden dann auch die Wunderscheiben, und an ihre Stelle traten die größeren, auch heute noch vielfach gebrauchten, aus quadratischen oder rechteckigen Einzelstücken zusammengesetzten Scheiben, die sich dann ebenfalls wieder vergrößerten, bis man endlich die großen, aus einem Stück bestehenden Scheiben herstellte. Als eine der ersten dieser großen Scheiben vor etwa 100 Jahren an einem Hause in Berlin angebracht wurde, machte sie so großes Aufsehen, daß sie längere Zeit hindurch das Ziel vieler Neugierigen war.

Eine seltsame Einrichtung trafen etwa zur selben Zeit die Engländer durch die Einführung der sogenannten Fenstersteuer, d. h. einer Steuer, die der Hausbesitzer für jedes seiner Fenster zu entrichten hatte. Da aber ihre Folge war, daß man selber an den neuen Häusern möglichst wenig Fenster anbrachte, wurde die eigentümliche Verfügung bald wieder aufgehoben, während sie von Frankreich übernommen wurde, wo sich die Einrichtung der Fenster- und Fenstersteuer bis in die neueste Zeit erhalten hat.

Ausgrabung einer altägyptischen Stadt in Spanien.

Wirtre Paris, der Leiter der „Leite francaise des hautes études historiques“ in Madrid, hat auf spanischem Boden aus-

graben Trümmern längst verklungenes Leben gewacht. Man wußte, daß unweit von Valencia, in der Provinz Lodis, eine römische Stadt bestanden hatte, die den Namen Belo trug. Die von Pierre Paris dort unternommenen Ausgrabungen haben nun eine monumentale Straße mit großen Torenutage gefördert, früher waren zwei mit Fresken geschmückte Häuser zum Vorschein, auf denen die Wandmalereien ihre farbenreiche Schönheit durch die Jahrhunderte hindurch bewahrt haben, sowie eine Werkstatt, deren Bürger wahre Kleinodien an Goldschmiedekunst und Edelstein-schnitzwerk aufwies. Unter den Funden leuchtete auch besonders eine entzückende Bronzegruppe hervor. Die Schätze sollen später in der Villa Velasquez aufbewahrt werden, deren Bau man in der Nähe von Madrid plant. Die Villa soll ein Gegenstück zur Villa Medici in Rom werden und der Oranbildung junger Künstler dienen.

Nachdenkliches.

Man nimmt den Menschen in seiner vollsten Kraft, in seinen besten Jugendjahren, gibt ihm ein Gewicht in die Hand, einen Tornister auf den Rücken, seinen Kopf begründet man mit einer Kapuze und sagt zu ihm: „Kein Mörder, jener Monarch, hat mich unwürdig behandelt, darum muß ich alle meine Unterthanen angreifen; ich habe ihnen kundgemacht, daß du an einem gewissen Tage an ihrer Grenze erscheinen wirst, um sie zu töten.“

Infolge deiner Unerschrockenheit denkst du vielleicht, daß unsere Feinde Menschen sind. Es sind jedoch keine Menschen, es sind das Franzosen, Breußen (Japaner). Du wirst sie von dem Geschlecht der Menschen durch die Farbe ihrer Uniform unterscheiden. Trachte deine Pflicht möglichst gut zu erfüllen, denn ich werde zu Hause bleiben und dich beobachten. Siegt ihr, so werde ich, wenn ihr zurückkehrt, in meiner Uniform an euch treten und sagen: „Soldaten, ich bin mit euch zufrieden.“ Falls du aber aus dem Schlauchfeld bleibst, was so sehr möglich ist, so werde ich deine Familie von deinem Tode unterrichten, damit sie dich beweinen und beerben kann. Verliest du eine Hand oder ein Bein, so werde ich dir bezahlen, was sie kosten. Weibst du aber am Leben und bist unfähig, den Tornister zu tragen, so wirst du entlassen und kannst verrecken, wo du willst, das kümmert mich nicht. Claude Lilliez.

Truppen hätten sich durch Herstellung und Aufrechterhaltung von Ordnung ein Recht auf Dank erworben. Mit allen Mitteln werde die ukrainische Regierung ihre Heimkehr erleichtern und fördern. Zeitungsmeldungen zufolge ist die Beratung in Kassa zwischen der Entente und den Vertretern russischer politischer und öffentlicher Organisationen beendet. In der Frage des Kampfes gegen die Bolschewiki und der Wiederherstellung Rußlands mit Hilfe der Entente ist volle Einigung erzielt. Wie verlautet, sollen Tislow und Keratow als Vertreter Rußlands auf der Friedenskonferenz bestimmt worden. In die Kandidatur Miljutows sei abgesehen worden wegen seiner Beliebtheit bei der Freiwilligenarmee.

Verammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Die heute nach dem Lehrervereinshaus auf vormittags 10 Uhr einberufene Versammlung der Arbeiterräte von Groß-Berlin wird vom Genossen Bueckel erst um 12 Uhr eröffnet. Nach Müller vom Volksguard habe ihn gebeten, mitzuteilen, daß er infolge der gestrigen Versammlung der Soldatenräte nicht imstande sei, in der heutigen Sitzung zu reden. Der Vorsitzende verliest eine längere schriftliche Erklärung des Genossen Müller, in der die vielseitigen Aufgaben des Volksguard dargelegt und die Arbeiter um Geduld bei Durchführung ihrer Forderungen gebeten werden. Dazu erklärt der Vorsitzende: Wegen des terroristischen Treibens einer Clique, die gestern im Reichstag die härtesten Szenen verursacht hat, müssen wir heute energisch protestieren. (Großer Beifall.)

Ein Redner erhebt Einspruch gegen die Anwesenheit zweier Profuratoren der Firma Westheim als Arbeiterräte. Auf Verlangen des Genossen Emil Bartz wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, um die Mandate der beiden Angeklagten zu prüfen.

Genosse Bartz berichtet über Verhandlungen mit den Berliner Metallindustriellen: Wir haben uns mit allen Fragen der Produktion beschäftigt, vor allem damit, wie es möglich ist, daß bei der erforderlichen Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 4 Stunden ein Ausgleich des Lohnes geschaffen wird. So liegen die Dinge nicht, wie einige Genossen glauben. Denn wir sehen in wirtschaftlicher Beziehung in einem Schlamme, aus dem wir herauskommen müssen. Ich bin in Rußland ein Knecht geworden, ein, was ich war, bin ich heute noch und werde es bleiben und zur gegebenen Stunde es beweisen, wie in den Stunden des Revolutionärsausbruchs. Die Genossen in den Betriebsleitungen werden erkannt haben, daß alle Betriebe jetzt nicht voll arbeiten. Sozialisten kann man nur, wenn man es hat dazu. Wir brauchen in nächster Zeit für 6 Milliarden Mark Lebensmittel und für 10 Milliarden Mark Rohstoffe. Dabei ist die Mark die heute 70 Pfennig im Kurse steht, zum Nennwert angelegt. Dazu ist ein Fünftel von Fertigwaren erforderlich. Aber wir müssen alle Kräfte, insbesondere auch die geistigen Arbeiter, zusammenschließen, um unsere Produktion zu erhalten und zu entwickeln. Auch die geistigen Arbeiter müssen wir gewinnen, indem wir ihnen das Menschenbedeutsame des Sozialismus darlegen und daß wir aber auch klar und eindeutig sind. So wie der Rußländer Arbeiter auf Werte gehen will, so ist Rußland zu verstaatlichen, Landbesitz zu verstaatlichen — so geht es nicht. Und wenn ich als Knecht beschimpft werde, weil ich mich gegen jene Experimente wende, so bin ich stolz darauf. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Sitzung der Soldatenräte.

(Schlußbericht der gestrigen Sitzung.)

Wäner. Den Kameraden aus Baden und von der Ostfront, die hier im Saale sind, wolle er sagen, daß hier niemand Terrorismus wünscht. Es sind einige, die ungehörige Vorküsse auf dem Volksguard ruhen. Es dürften darum nur die härtesten Köpfe bestraft werden. Er sei Bevollmächtigter beim Armeeverwaltungsdirektorium. Heute seien seine Papiere beschlagnahmt worden. Wölkehuber habe gesagt, man habe vor dem Nichts gehandelt. Das sei Liebererhebung, denn es sei eine Unmenge Material geliefert worden. Raubbau sei durch den Volksguard getrieben worden. Am 11. November war Medner Vertreter des Soldatenrats bei der Intendantur des III. A. R. Er habe dann Verbindung mit dem Generalintendanten des Feldheeres gesucht, der sich zur Verfügung gestellt habe. Er wolle diesem wichtigen Mann eine Vollmacht verschaffen, was ihm bis heute nicht gelungen sei. Die Demobilisation sei planlos erfolgt. Wenn man die Absicht hat, Unordnung zu schaffen, dann könne man es nicht besser machen, als der Volksguard.

Ein Vertreter der badischen Kameraden erklärt: Man wolle nur Geschäftsmäßigkeit. Es ist unmöglich, jetzt noch einen Volksguard anzuerkennen, der von Berlin gewählt sei. Man soll nicht durch kleine Skandalereien die Reuevertrauen der Menschen verstoßen. Er schlägt vor: Es wird nicht neu gewählt, die Männer des Volksguard bleiben auf ihren Posten und der Volksguard kooperiert Leute mit Hochschulwissen. Die Leute, die einarbeiten sind, kann man nicht fortjagen. (Zwischenruf: Unzufriedenheit geben!) Kameraden, ihr habt keine Ahnung, worauf ich schreibbare Unzufriedenheit beruht. Eine Organisation kann nicht sofort fertig bestehen, aber sie ist im Wachstum.

Ein Vertreter der Ostfront: Er weiß nicht viel von Berlin, aber er habe den Eindruck, daß keine sachlich vorgelegene Beschwerde vom Volksguard ungeprüft gelassen werde. Der Scherbenhaufen, den der Volksguard übernommen mußte, sei größer als die Versammlung glaube. Wenn der Volksguard gekürzt wird, arbeitet die Ostfront nicht mit dem neu gewählten zusammen.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung will den Punkt 4. Nationalversammlung, der vorgezogenen Zeit wegen als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung setzen.

Ein zweiter Vertreter der Ostfront. Er spreche für eine Willen Kameraden. Die Versammlung habe geringe politische Ruhe gezeigt. Die Mandate der Anwesenden seien nicht geprüft. Das Obiter habe eine vollkommen funktionierende Organisation geschaffen. Um den Frieden in den Berliner Soldatenräten herzustellen, schlägt er vor, je 3 Vertreter Badens, Bayerns und Württembergs, der Ost- und Westfront, in den Berliner Volksguard zu entsenden. So könne ein arbeitsfähiges Kabinett entstehen.

Ein Vertreter der Westfront. Er findet hier ein Lohnwahrer, an dem jedoch nicht der Volksguard schuld sei, vor dessen Sturz auch er warnen müsse.

Wäner stellt einen Schlußantrag. Er schlägt ferner die Wahl einer lebendigen Kommission vor, die die gegen den Volksguard erhobenen Anklagen prüfen soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. In die Kommission werden gewählt: Reuber, Goldschmidt, Ege, Kuhn, Herz, Jösch und Konig.

Aufruf an die heimkehrenden Soldaten!

Kameraden! Bedenkt bei der Ankunft auf dem Bahnhof die Plakate! Sie sagen Euch, wo Ihr schnellstens die nötigen Lebensmittelmarken oder Euer Eisen selbst bekommt, wo Ihr Unterkunft findet, wo der nächstgelegene Arbeitsnachweis ist. Alle Vorkämpfer gegen Arbeitslosigkeit sind getroffen. Für den nächsten Fall seid Ihr durch Erwerblosenunterstützung sicher gestellt. Der Arbeitsnachweis sagt Euch Näheres.

Vergeßt Eure Gesundheit nicht! Krankheit gefährdet mit Euch auch alle die, zu denen Ihr heimkommt. Ihr habt freie ärztliche Versorgung. Seht Plakate am Bahnhof.

Sucht Entlastungsanstalten und Bäder auf, ehe Ihr ins eigene oder fremde Quartier einzieht. Seht Plakate am Bahnhof. Vermeidet die großen Städte! Ihr findet anderwärts bessere Ernährung und Unterkunft. Kehrt auf Land zurück! Ihr findet dauernde Beschäftigung in der Landwirtschaft, die nur mit genügenden Arbeitskräften die Ernährungslage verbessern kann. Geisendeordnung und das einschränkende Koalitionsrecht für Landarbeiter sind gefallen. Nichts braucht Euch mehr vom Lande fern zu halten. Große Ansiedlungen sind in Vorbereitung.

In den ersten Wochen werden dringend Arbeitskräfte für die Verkehrsmittel (Eisenbahn, Lokomotivreparatur und Lokomotivbau) und für die Kohlenbergwerke gebraucht. Näheres erfahrt Ihr beim Arbeitsnachweis.

Soldaten! Bedenkt, daß Eure Entlassung nicht auf einmal erfolgen kann. Die Reihenfolge wird durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt. Zuerst die Arbeiter der Transportanstalten und des Bergbaus, die Angestellten der Arbeitsnachweise und Gewerkschaften, das Personal der Gas-, Wasser- und Kraftwerke; jüngere Jahrgänge später als die älteren; Verheiratete vor den Unverheirateten. Die Ordnung muß eingehalten werden.

Kameraden! Kehrt Eurer Taten würdig heim! Sorgt alle selbst dafür, daß keine Schande auf Eure in unglücklichen Schlachten unverlebte Ehre fällt! Bringt deutsche Pflichttreue und Ordnung! freudige Kameradschaftlichkeit, die Ruhe des Heimsoldaten heim.

Mit Euch, Ihr endlich Heimgekehrten, erbaut sich das ganze Volk in friedlicher Friedensarbeit die neue Welt. Euid willkommen!

Hindenburg an das Feldheer.

Hindenburg hat einen Ruf an das Feldheer gerichtet, in dem es heißt:

Soldaten, die ihr mehr als vier Jahre lang treu im Feindeland ausgehalten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für Vater und Heimat ist, daß sich die Durchführung der Armeen und Entlassung ihrer Verbände in voller Ruhe und Ordnung vollziehen. Nur wenn jeder einzelne von euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu überwinden, welche die Durchführung solcher gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt.

Alles außer den Jahrgängen 1906 bis 1909, die zunächst bei den Bahnen bleiben, soll so schnell wie möglich entlassen werden. Laßt euch nicht verführen, vorzeitig und eigenmächtig euren Truppenteil zu verlassen. Vergewaltigt euch nicht, zu weichen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von euch regellos nach Hause strebt. Ordnung und Zusammenhalten ist jetzt wichtiger denn je!

Nur so wird glatte Durchführung des Feldheeres nach den Absichten des Reichs vorgesehenen Unterbringungsplänen möglich sein. Von dort ist Leitung der Verbände mit Eisenbahn oder durch Fuhrmacht zu den Ersatztruppenteilen vorgehen. Mit Rücksicht auf die große Anzahl von Truppen und die beschränkten Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten bei oft beschränkter Unterkunft werden sich für manche Formationen nicht vermeiden lassen. Auch hier habt Geduld und Vertrauen; es wird jeder von euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil besetzt werden, als die Umstände es gestatten. Keiner von euch wird vergeblich Euid versichert, daß die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit den Heilmittelstellen alles aufbietet, um euch so bald als möglich euren Angehörigen zuzuführen.

Doch eins tut not hierbei: Ruhe und Ordnung!

Die politische Amnestie.

Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. November 1918 ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt; die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren sind niederzulegen. Nach einer Mitteilung, die das Reichsjustizamt an die Justizverwaltungen der Bundesstaaten hat erreichen lassen, ist der Begriff der politischen Straftaten nach den Absichten der Reichsregierung weit auszulegen. Er umfaßt politische Straftaten jeder Art, gleichviel ob diese zur Aufrechterhaltung der Reichsorgane oder der Landesorgane gehören. Unter politischen Straftaten sind alle Straftaten verstanden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhange mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Ordnung beengungen worden sind, ohne Rücksicht darauf, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten die Strafe verhängt ist oder bei einer Niederlegung zu verhängen sein würde. Nicht einbezogen sind Straftaten, bei denen der Täter, ohne daß ein solcher Zusammenhang besteht, lediglich aus eigenwilligen Beweggründen gehandelt hat. Die Straffreiheit betrifft auch, daß die Pflicht zur Kostentragung in Bezug kommt. Die Reichsregierung hat sich vorbehalten, zur Ausführung des Gesetzes allgemeine Anordnungen zu erlassen und in Einzelfällen Entscheidungen zu treffen.

Groß-Berlin.

Die Schaffung von Bildungseinrichtungen für Arbeitslose

bezweckte eine Besprechung, zu welcher der Vorsitzende der Arbeitslosenfürsorge des Magistrats, Stadtrat Sassenbach, eingeladen hatte. Es nahmen an dieser Besprechung teil Vertreter des Berliner Magistrats, Stadtschulräte der Raabergemeinden, Vertreter der Universität, der Technischen Hochschule, der Institute in Dahlem, der Handelskammer, der Zentralstelle für Volkswirtschaft, des Bureaus für Sozialpolitik, der Arbeiterbildungsschule, der Städtischen Fach- und Fortbildungsschulen, des Ausschusses der deutschen Volkshilfsvereinigungen, der Gewerkschaftskommission, der städtischen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft, der Organisation der kaufmännischen Angestellten, des Vereins deutscher Ingenieure, der sozialdemokratischen Parteien, der Gesellschaft für Volkshilfe, des Vereins Berliner Volkshilfsvereine zur Veranstaltung volkshilflicher Kurse der Lessing-Hochschule, der Humboldt-Akademie, der Gesellschaft für soziale Reform u. a. m.

Die Darlegungen des Stadtrats Sassenbach gingen dahin, daß sich die Fürsorge für die gewaltige Zahl der Arbeitslosen nicht nur in der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung erschöpfen dürfe, daß die Vorkehrungen im Interesse der Arbeitslosen auch dahin gehen müßten, ihnen Gelegenheiten zu allgemeiner und beruflicher Fortbildung zu verschaffen. Die Bildungseinrichtungen für die Arbeitslosen sollen bestehen in Vorträgen (Vogelvorlesungen und Kurse), künstlerischen Betätigungslagen (musikalischen, Theater, Bildungsfilme), Sonderveranstaltungen für die jugendlichen Arbeitslosen und in hauswirtschaftlicher Ausbildung. Es wurde ein Hauptauswahlschicht gebildet, der sich aus Vertretern der Gemeinden, von Wissenschaft und Kunst, der Vereine

und Organisationen, die sich bisher mit der Arbeit der Arbeitslosen befaßt haben, und Angehörige der Vertretungen der Arbeiter und der Angestellten zusammensetzen. Weiter wurden sofort Ausschüsse gebildet, die die Vorbereitung der wissenschaftlichen Vorträge, der künstlerischen Veranstaltungen, der Einrichtungen für die hauswirtschaftliche Ausbildung, der Veranstaltungen für jugendliche und schließlich die übrigen Angelegenheiten (Beschaffung der Lokale, Aufbringung der Mittel) zu besorgen haben. Die Ausführung dieser Pläne soll alsbald in Angriff genommen werden.

Soweit es sich um Darbietungen künstlerischer Art und Arbeitslose handelt, wird man gegen den Plan Einwendungen nicht erheben, sobald Gewähr gegeben ist, daß wahre Kunst geboten wird. Soweit es sich um Vorträge handelt, wird man sich begnügen, die die Vervollkommenung beruflicher Ausbildung angelegene Gewährleistungen. Aber gegen Tendenzvorträge müßte man sich vornehmlich wenden. Es gibt eine ganze Anzahl Leute, die glauben, ihre Soldatenzeit Arbeitern vorzuziehen zu dürfen. Das auszubildende Programm wird zeigen, in welcher Richtung der Plan ausgeführt wird. Davon wird abhängig sein, wie sich die Arbeiterschaft zu dem Projekt stellt.

Schwindel und Verleumdung klüben unter der neuen Freiheit genau so, wie unter dem Lagerungsstand und dem Penjur. Dieselben Kreise, die vor der Revolution das Volk gelehrt belagern und zum Durchhalten mahnten, benutzen jetzt die Freiheit dazu, die ihnen unbrave Mahner und Bedränger in den sozialistischen Kreisen in der gemeinsten Weise zu belagern und zu verleunden. Vor allem sind die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei und der Spartakusbund die Zielscheibe der wilden Angriffe. Alles, was der bürgerlichen Klasse genehm ist, wird als bolschewistisch verdrängt. Der Bolschewismus wird wie ehedem die Sozialdemokratie als das Schreckgespenst der Soldaten und auf diesem Gebiete besonders gelehrt. Unter der Maske von Kameraden wird dieser Tage folgendes Verbreiten:

Kameraden!

Wir haben die Anstaltschiff der Schmarotzer, der Nichter, des Zylinderpöbels abgeschüttelt.

Alle Hände voll zu tun, die Erfolge der Revolution sichern (erst letzten Sonntag haben wir die Cyper beerdigt) fallen und neue Schmarotzer, neues Gefindel in den Rücken der Pöbel und die Aufsejungen um

Heiligkeit, Paul und Rosa Luxemburg die arbeiten für die Reaktion, wie keine anderen.

Wer gibt und was zu essen, Arbeit und Verdienst, ein warme Stube, wenn durch die Unmöglichkeit der Spartakusbrüder der Frieden verhindert wird?

Das Rad fährt nicht!

Daher: Nieder mit Diebstahl und Korruption! Das ist nur ein Beispiel, wie die elende Sippschaft arbeitet. Auch die Zeit zu Pogromen halten die Judenreißer für gekommen. Pettel, die zum Vorgehen gegen die Juden aufbehalten waren an Lotterienpöbeln angeheftet. Marschende erkennen sofort, daß die Veranstalter dieser Hebe die Aufmerksamkeit von tatsächlichen Verhältnissen ablenken wollen. Gelingt ihnen das, so können die Herrschaften ihre Lotterierevolutionäre Pläne leichter und ungeörter durchziehen.

Vor diesem elenden Gesindel mögen die Arbeiter auf gut sein.

Zur Frage der Nationalversammlung nahm die am Donnerstag in der Berliner Rindfleischerei in Rußland während der Volksversammlung der U. S. V. Zielung. Im Temperament vollen Ausführungen entlegte Genossin Luise Stenzler u. a. referent in ihrer Ausgabe; dahin, daß sie die Einberufung der Nationalversammlung zwar für nötig hält, aber den Termin dafür unbedingt erheblich länger hinausschieben müssen will. Die dringend notwendige Aufklärung muß erst erfolgen, da der 4. J. die rige Belagerungszustand und die Zensur der Köpfe geradezu verwirrt hat, bei vielen dabei und noch mehr bei den Soldaten im Felde und sie läßt sich in so kurzer Zeit bis Januar und Februar nicht schaffen. Die Oere selbsther unpolitischen Frauen müssen erst politisiert werden. Die Soldaten, die bis zu diesem frühen Termin noch nicht zurückgekehrt sind, kann man doch nicht durch Vorenhaltung des Wahlrechts einreichen. In scharfer Prägnanz nimmt Gen. Rich auch Stellung gegen die Schiedsmänner und zeigt an evidenten Beispielen, daß die Partei anderen Geistes ist als wir. Sie erhebt auch Protest gegen die Hebe hinter Lieblich und Rosa Luxemburg, die gewisslos in der Temperatur ihrer Politik von uns unterwidren, nicht untadeligen, reinen Charakter sind. Die Versammlung selbsther unter dem Einrud der Rede. — Zum Schluß erfolgt noch eine Verdrückung über die be'ordneten stlichen und politischen Verhältnisse in Rußland.

Ein Fest der Freiheit veranstaltet der Bund Neues Vaterland am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Volkshalle, Theater am Wilhelmsplatz. Mitwirkende sind Walter Dauterweber, der den Volog spricht, der Minister des Inneren Dr. Breitscheid, der eine Ansprache hält, ferner das Orchester der Großen Oper unter Leitung von Richard Strauß und der Operchor unter Leitung von Prof. Hugo Rabel. Als Solisten sind gewonnen Ethel Danja, Marie Göde, Josef Mann und Karl Krimmer. — Die Vortragssolge steht u. a. Dethovens Cuvercuv Leonore III und den dritten und letzten Satz der IX. Sinfonie vor. Eine größere Anzahl Karten stellt der Bund dem R. u. S. V. Plat zur Verfügung, die übrigen sind zum Preise von 3 Mk. bei H. Wertheim, Vole u. Eod und an der Theaterkasse zu haben. Sämtliche Plakate werden am Tage der Fiet im Theater verlost.

Eisenbahnunglück an der Tempelmer Straße. Eintr der Tempelmer Straße in der Richtung nach Baumshulenberg ereignete sich Donnerstag nachmittag ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Zug der vom Görlitzer Bahnhof kam und um 3 Uhr 48 Minuten in Baumshulenberg eintrafen sollte, fuhr in eine Klotz Arbeiter hinein und löste acht auf der Stelle. Zwei kamen mit dem Leben davon, einer von beiden mit einem Nervenschlag. Der Notenfürher Brum m hatte zur rechten Zeit das Warnungssignal für einen Zug nach der Richtung Görlitzer Bahnhof gegeben. Die Arbeiter rieten dann auch auf das Nebengleis, überfahren aber, da der Rand der Lokomotive niederschlug, das Gerannohes des Zuges vom Görlitzer Bahnhof in der Richtung nach Grünau. Im selben Augenblick fuhr der Zug in die Arbeiter hinein. Getötet wurden der Notenfürher Brum m, ein älterer, schon lange im Eisenbahn Dienste stehender Beamter, die Arbeiter Sodenbauer, Karl Lange, Engelmann, Mertins, Hensel, Sawahki und Feierabend.

Theater und Konzerie für die heimkehrenden Krieger. Um den heimkehrenden Soldaten ihre Rückkehr ein wenig freudig zu gestalten, haben Kommandantur und Volksguard sich mit den Theater, Konzertenvereinigungen, Lichtspielhäusern usw. in Verbindung gesetzt. Eine ganze Anzahl der Unternehmer hat sich bereit erklärt, dies Ziel der Kameradschaft zu fördern, und hat Freisparten für die Abendvorstellungen, zum Teil sogar ihr ganzes Haus zur Verfügung gestellt. Indes wären Volksguard und Kommandantur für weitere Meldungen, die an die Adresse: Erwerblosenunterstützung, Schreibsal-Cd (Dr. Martin Freudendahl) richten wären, sehr zu Danke verpflichtet.

Die heimkehrenden Kameraden erhalten die Eintrittskarten in der Theaterabteilung der Kommandantur, Charlottenstraße 48 (9 bis 9 Uhr) und in der neuerrichteten Bücherei auf der Bahnhofskommandantur des Potsdamer Bahnhofs (9 bis 9 Uhr).